

Koalition berät Reform der Studienreform

Von Christina Wendt

Die Kultusministerkonferenz wird sich auf ihrer Sitzung heute mit dem "Bologna-Prozess" beschäftigen. Nachbesserungen sind notwendig.

Die schwarz-gelbe Koalition greift heute mit einem Antrag im Bundestag den dringenden Änderungsbedarf beim so genannten Bologna-Prozess auf. Denn die Umstellung der Studienabschlüsse auf Bachelor und Master ist, darüber herrscht inzwischen Übereinstimmung, nicht optimal verlaufen. "Die Studentenproteste im Sommer waren sehr konstruktiv", sagt **Monika Grütters**, die für die Union im Bildungsausschuss sitzt. Die Lust auf ein Studium sollte gefördert und nicht durch ständige Hemmnisse eingeschränkt werden. Allerdings sei der Ruf des Bachelors unter Studenten besser, als bisher gedacht, wie Studien zeigten.

Die schwarz-gelbe Koalition hat unterdessen drei Problemfelder der Studienreform ausgemacht: die Lehre, die Mobilität und die Akkreditierung. "Die Qualität der Lehre muss überprüft werden", sagt Tankred Schipanski (CDU), Mitglied des Bildungsausschusses. Es genüge nicht, die Inhalte des Magister- oder Diplomstudiums auf das Bachelor-beziehungsweise Masterstudium übertragen zu wollen. Da müssten auch Hochschullehrer ihren Beitrag leisten. Die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, vor allem auch im Inland funktioniere bisher auch nicht wie gewünscht. Daher seien Universitätswechsel schwer möglich. Schließlich sei eine kontinuierliche Überprüfung der zugelassenen Studiengänge notwendig.

"Wir brauchen eine Reform der Reform", sagt auch Ernst-Dieter Rossmann, bildungspolitischer Sprecher der SPD. Über die Problemfelder herrsche über Parteigrenzen hinweg Einigkeit. Allerdings sehen die Sozialdemokraten vor allem Nachbesserungsbedarf bei den Studienbedingungen. "Wir brauchen mehr Personal und mehr Betreuung für die Studenten", sagt Rossmann. Die von Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) zusätzlich zur Verfügung gestellten 200 Millionen Euro für Universitäten könnten das Problem nicht einmal ansatzweise lösen.

"Wir müssen aber auch am Image des Bachelors arbeiten", sagt Grütters. Hier sei die Wirtschaft in der Pflicht, die junge und flexible Arbeitskräfte fordere, aber nicht einstelle. Rossmann sieht zudem Potenzial im öffentlichen Dienst. Die Kultusministerkonferenz (KMK), die sich in ihrer heutigen Sitzung ebenfalls mit dem Bologna-Prozess beschäftigt, müsse endlich Kooperationsbereitschaft gegenüber dem Bund zeigen.

"Die Länder legen Wert auf ihre Hoheit im Bereich Bildung und Forschung, aber wenn es um finanzielle Hilfe gehe, muss der Bund doch wieder einspringen", fordert Grütters, die der KMK erheblichen Reformbedarf bescheinigt. Die Länder seien in der Pflicht, vernünftige Angebote zu machen.

Erschienen: Südwest Presse, 04.03.2010.